Abonnementspreis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 9.—

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Insertionspreis
Die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Inserate:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh ½9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Inserate sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 643. Sonnabend den 17. December 1892. **86. Jahrgang**

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 18. December, Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtliche Bekanntmachungen.

Weihnachts-Päckereiverkehr.

Während der Zeit vom 18. bis einschließlich 24. December tritt die Schlußzeit für die Einlieferung von **Werth- und Packetsendungen** bei sämmtlichen Postanstalten in Leipzig **eine Stunde früher als gewöhnlich** ein.

Es wird ersucht, hierauf bei Einlieferung der Sendungen zur Post während der vorbezeichneten Tage Rücksicht zu nehmen.

Leipzig, 11. December 1892.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.
Walter.

Weihnachts-Päckereiverkehr.

Bei den hiesigen Postämtern werden Sonntag, den 18. December, die **Packet-Annahme- und Ausgabestellen** wie an Werktagen geöffnet sein.

Leipzig, 16. December 1892.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.
Walter.

Bekanntmachung,

die für den 4. Adventsonntag bezüglich des Christmarktes festgesetzte Verkaufszeit betr.

Nachdem zur Ausführung des § 105b Absatz 2 der Revidirten Gewerbe-Ordnung in unserer Bekanntmachung vom 18. Juni laufenden Jahres zu A 4 bestimmt worden ist, daß der Handel am 4. Advent-Sonntage nur von Vormittags 11 Uhr bis 9 Uhr betrieben werden dürfe, so werden die Betheiligten, Kaufleute, wie sonstige Handeltreibende, insbesondere auch die auf den Christmarktplätzen feilbietenden Verkäufer nochmals darauf, sowie auf die nach § 146 der Bekanntmachung gegen Zuwiderhandelnde auszusprechenden Strafen — bis zu 600 ℳ, ev. im Unvermögensfalle Haft — hingewiesen. Rücksichtlich des Verkaufs von Brod und weißer Backwaare, von Fleisch und Fleischwaare, sowie von Fischen verbleibt es jedoch bei den betr. des Beginns der Verkaufszeit in unserer Bekanntmachung vom 3., 20. und 27. August laufenden Jahres getroffenen Bestimmungen und wird auch für den Milchhandel die Verfügung, daß nur während der Zeit von 9—11 Uhr Vormittags der Verkauf untersagt ist, aufrecht erhalten.

Leipzig, den 16. December 1892.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Wolfr.

Bekanntmachung.

Der Sattlermeister
Herr **Franz Ferdinand Oehler**
in Leipzig
beabsichtigt, auf dem ihm gehörigen, an der Windmühlenstraße unter Nr. 10 gelegenen Grundstücke (Nr. 1581 Abth. B des Brandcatasters, Nr. 4343g des Flurbuchs, Folium 302 des Grund- und Hypothekenbuchs für Leipzig) eine **Rohhaarspinnerei** einzurichten.

Es wird dies mit dem Bemerken bekannt gemacht, daß etwaige gegen die beabsichtigte Anlage zu erhebende **Einwendungen**, welche nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhen, **bei deren Verlust binnen 14 Tagen bei uns anzubringen**, alle übrigen Einwendungen aber, ohne daß von deren Erledigung die Genehmigung der Anlage abhängig gemacht wird, zur richterlichen Entscheidung zu verweisen sind.

Leipzig, am 12. December 1892.

Der Rath der Stadt Leipzig.
VI. 5196. Dr. Georgi. Kasselt.

Gesucht

wird der am 21. August 1864 in Düben geborene Handarbeiter Franz Julius **Kettner**, welcher zur Fürsorge für seine Familie anzuhalten ist.

Leipzig, den 30. November 1892.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Armenamt, Abth. II.
A. R. III/Abth. II. 5722. Hentschel. Heinichen.

Nutz- und Brennholz-Auction.

Mittwoch, den 28. December d. J. sollen von **Vormittags 9 Uhr** an auf dem Rathschlage in Abth. 22a des **Connewitzer Forstreviers**

9 Rmtr. Eichen-Nutzscheite,
58 „ Eichen- } Brennscheite,
21 „ Rüstern- } sowie
1 „ Ellern- }
154 harte, starke **Abraumhaufen**

unter den im Termin öffentlich aushängenden Bedingungen und der üblichen Anzahlung an den Meistbietenden verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem Rathschlage an der neuen Linie im sogenannten Horfe.

Leipzig, am 15. December 1892.

Des Raths Forst-Deputation.

Zwei feuersichere Schränke mit Geldschrankverschluß, etwa 1 m hoch und 40 cm im □ zu kaufen gesucht.

Offerten mit Preisangabe an das

Commando des 10. (Königl. Sächsischen) Infanterie-Regiments Nr. 134.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit der Verordnung der Königlichen Ministerien des Cultus und öffentlichen Unterrichts und der Justiz vom 10. Februar 1870 wird hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß der **Kirchenvorstand der Lutherkirche hier** aus folgenden Mitgliedern besteht:

Otto Rudolf Hans **von Seydewitz**, Pfarrer, Vorsitzender,
Friedrich Gustav **Böhme**, Rendant beim Königl. Amtsgericht,
Carl August **Förster**, Tischlermeister,
Christian Alexander **Freye**, Kaufmann,
Heinrich Rudolf **Frieling**, privat. Kaufmann und Stadtrath,
Walther Julius **Genzel**, Dr. jur., Rechtsanwalt und Notar, Handelskammersecretair,
Gustav Ernst **Heydenreich**, Kaufmann,
Karl Gabriel Alfred **Jeremias**, Dr. phil. und Diakonus der Lutherkirchengemeinde,
Carl Otto **Keil**, Kaufmann,
Emil Max **Pommer**, Architekt,
Conrad Robert **Rüger**, Reichsgerichtsrath,
Friedrich Emil **Sachse**, Dr. phil. und Schuldirector,
Carl Gustav **Thieme**, Kaufmann.

Leipzig, den 21. November 1892.

Der Kirchenvorstand der Lutherkirche.
I. 253. P. von Seydewitz, Pfr.

Die Zustände in Frankreich.

* Wenn wir von dem stammverwandten Oesterreich absehen, so dürfte es kein anderes Land geben, an dessen Entwickelung und Verhältnissen wir Deutsche so lebhaft interessirt sind, wie das mit Frankreich der Fall ist. Bringt schon die Grenznachbarschaft ein natürliches Verhältniß der Theilnahme für die Nation jenseits der Vogesen mit sich, so sind wir noch mehr durch die starke Berührung der beiderseitigen Interessen, welche durch Jahrhunderte hindurch zwischen den beiden culturführenden Völkern Europas auf den meisten Gebieten menschlicher Thätigkeit stattgefunden hat, darauf angewiesen, den Vorgängen in Frankreich unsere Aufmerksamkeit zuzuwenden, und deshalb ist es erklärlich, wenn das, was gegenwärtig dort vorgeht, auch in Deutschland auf das Lebhafteste besprochen wird. Wir beobachten mit immer wachsender Spannung das Strafgericht, das über die Franzosen hereingebrochen ist und dessen ganzer bisheriger Verlauf schon so viel innere Fäulniß an den Tag gebracht hat, wie man es wohl niemals hätte erwarten sollen.

Die Panama-Angelegenheit hat längst aufgehört, eine finanzielle und volkswirthschaftliche Frage zu sein. Die dadurch hervorgerufene Unsicherheit der politischen Lage in Frankreich wird immer offenkundiger. Das ist kein günstiges Zeichen, am wenigsten für einen Staat mit republikanischen Einrichtungen. Ein solcher hat an sich und in sich nur eine dürftige Autorität. Er empfängt sie einzig und allein durch das „souveraine Volk", welches seinem jeweiligen Wunsch und Willen durch das allgemeine Stimmrecht Ausdruck verleiht. So lange die Regierung und ihr Verhalten der durch das allgemeine Wahlrecht angegebenen Marschroute entspricht, geht die Sache, aber bei der geringsten Meinungsverschiedenheit zwischen dem „Souverain" und seinem Regierung genannten Geschäftsführer leidet das Interesse der Gesammtheit und die Wahrnehmung desselben an Regierungsstelle schweren Schaden. Ist diese Meinungsverschiedenheit gelegentlicher, nicht grundsätzlicher oder organischer Beschaffenheit, so bietet ja die Technik des Parlamentarismus mancherlei erprobte Hilfsmittel zur Beseitigung solcher minder tiefgreifenden Stockungen. Wenn aber ein tieferer Gegensatz sich auftut, da zeigt sich alsbald die Unbaulichkeit der Einrichtungen, welche den Gang der öffentlichen Angelegenheiten zu regeln und zu verbürgen dienen sollen. Die Republik bietet eben keinerlei Garantien gegen den Eintritt von Situationen, wie sie jetzt in Frankreich den Zustand verwirklichen, wo Jedermanns Verdacht gegen Jedermann rege wird. Von da bis zu dem directen Auseinanderplatzen der Gegensätze ist der Weg nicht allzuweit. Die jetzige Regierung ist keine Regierung, wie sie Frankreich bedarf und wie sie der Drang der inneren Umstände gebieterisch erheischt. Sie sollte die Sicherheit der Gesammtheit gegen Ueberraschungen von rechts und links schaffen und hat alle Hände voll mit Wahrung ihrer eigenen zeitweiligen Sicherheit zu thun. Sie sollte die Unantastbarkeit des Prestiges der bestehenden Staatsform schützen und kann nicht einmal ihre eigenen Mitglieder gegen vom Zaun gebrochene Verunglimpfungen aus der Mitte der Volksvertretung vertheidigen. Sie sollte den ruhenden Pol in der Erscheinungen Flucht bilden, statt dessen wird sie selber mit jedem Tage mehr in den tollen Wirbel der Volksleidenschaften hineingerissen, und von einem ruhenden Pol ist in dem heutigen Frankreich überhaupt keine Rede mehr.

Alles strebt auseinander und nur einen Schnittpunct der wirr in- und auseinanderlaufenden Einzelbahnen giebt es: das ist der Nationenult, und auch dieser nur in der Hoffnung auf eine Zukunft, deren eventuelle Verwirklichung den heutigen Machthabern des republikanischen Frankreich in jedem Falle das Grabgeleite geben würde. Von welchem Standpuncte man also auch die heutige Lage der Dinge jenseits der Vogesen betrachten mag, der Eindruck bleibt ein gleich precärer. Die Republik hat ihre Lebenskraft erschöpft, weil die Quellen versiegt sind, aus denen sie sich versorgen konnte. Der Uebergang des Finanzportefeuilles von Rouvier auf Tirard ist dafür symptomatisch. Das Finanzressort bildet einen zuverlässigen Maßstab für die Beurtheilung einer staatlichen Constitution im Allgemeinen. Die Panamasache wird jetzt zwischen den Parteien hin- und hergezogen, während dessen jeder darin compromittirte Politiker bei Seite schafft, was sich irgend bei Seite schaffen läßt. Wenn diese Aufräumungsarbeit zu Ende sein wird, wird vielleicht noch manches Andere zu Ende sein.

Wenn die Franzosen heute ihre Gedanken in die Vergangenheit versenken, so muß sich ihnen eine nicht gerade tröstliche Betrachtung aufdrängen. Es sind gerade hundert Jahre verflossen, seitdem das große Ungewitter der damaligen Revolution über Frankreich hinwegbrauste und Zustände hervorbrachte, die aller Beschreibung spotten. Wir wollen unseren französischen Nachbarn nicht wünschen, daß sich Aehnliches auch in dem letzten Jahrzehnt des jetzigen Jahrhunderts wiederholt. Aber das kann man sich nicht verhehlen, daß in Frankreich seit Jahr und Tag die gesammten Zustände sich in einer Weise zugespitzt haben, die einen neuen elementaren Ausbruch der Volksleidenschaften, wenn er erfolgen sollte, nicht unerklärlich erscheinen lassen würde. Wenn diejenigen Kreise, die in einem großen Staatswesen zur leitenden Rolle berufen sind, auf ein derartiges Niveau von schnöder Geldgier, Bestechlichkeit und innerer Corruption herabsinken, wie das zur Zeit wieder in Frankreich der Fall ist, dann braucht man sich nicht zu wundern, falls nun diejenigen Elemente, die wir als die natürlichen Feinde der bestehenden staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung anzusehen haben, ihren Umsturzgelüsten gewaltsamen Ausdruck geben. Daß auch in dieser Beziehung Frankreich allen anderen Staaten voranmarschirt, das hat die Pariser Commune von 1871, das haben die schrecklichen anarchistischen Attentate der jüngsten Zeit bewiesen. Man hat deshalb triftigen Grund, gegenwärtig wieder auf Frankreich und dessen Zukunft mit besonderer Besorgniß zu blicken.

Deutsches Reich.

* **Leipzig**, 16. December. In der conservativen Wochenschrift „Das Vaterland" veröffentlicht der Vorstand des conservativen Landesvereins im Königreich Sachsen an die Gesinnungsgenossen einen Aufruf, der sich auf das von dem Parteitage in Berlin angenommene Programm bezieht, demselben nachrühmt, daß es auf den altbewährten Grundsätzen der Partei stehe, aber in schärferen Umrissen die Stellung derselben zu den großen Aufgaben der Gegenwart bezeichnet, und den Wunsch ausspricht, daß diesen Aufgaben gegenüber alle Gleichgiltigkeit, Lässigkeit und Uneinigkeit schwinden möge. Dieser letztere Wunsch ist begreiflich genug, denn augenscheinlich ist selbst das „Vaterland" mit sich selbst uneins in der Beurtheilung des Parteitages. Am Schluß eines Artikels über diesen Tag sagt nämlich das Blatt, er habe „die auf ihn gesetzten Hoffnungen in jeder Beziehung erfüllt", in einer Nachschrift zu einer allerlei Ausstellungen an dem Parteitage machenden Zuschrift eines Parteigenossen sagt es dagegen:

„Wir können unserm hochverehrten Parteigenossen, der — nebenbei bemerkt — ein eifriger, nimmer müder Vorkämpfer des Conservatismus ist, nicht so ganz Unrecht geben, verzichten aber leider aus nahelegenden Gründen auf eine nachträgliche Erörterung des Verlaufs und der Ergebnisse des Parteitages, obwohl wir nachweisen könnten, daß manches vermieden worden wäre, wenn unsere Rathschläge sämmtlich befolgt worden wären."

Das Erfreulichste, was das „Vaterland" bringt, ist jedenfalls folgende Bekanntmachung des Herrn v. Friesen:

„An den Unterzeichneten sind von verschiedenen Seiten Anfragen gerichtet worden über die Stellung, welche die conservative Partei in Sachsen künftig nach dem allgemeinen deutschen Parteitag in Berlin und der kürzlich erfolgten Annahme eines erweiterten Programms zu der von 103 Mitgliedern beider sächsischen Kammern i. J. abgegebenen Erklärung einzunehmen beabsichtige.

Ich habe daran zu erinnern, daß jene Erklärung von den Mitgliedern beider Kammern in dem Sinne erfolgt ist, daß dieselben sich verbunden haben, ihre allezeit bewährte Treue zu König und Vaterland gegenüber den staatsgefährlichen Tendenzen bei den Wahlen zum Reichstag und Landtag zum Ausdruck zu bringen.

Die conservative Partei in Sachsen erblickt in dem Erfolg des Parteitages und der Annahme des erweiterten Programms nur die erneute Verpflichtung, an der i. J. von 103 Mitgliedern des sächsischen Landtags abgegebenen Erklärung festzuhalten.

Rötha, den 12. December 1892. Frhr. von Friesen."

ss. **Berlin**, 16. December. Nachdem die Conservativen den Antisemitismus in ihr Programm aufgenommen und das Judenthum namentlich indirect, d. h. durch Aufhebung unserer zeitgemäßen Gewerbeordnung, bekämpfen zu wollen erklären, ist es wohl von Interesse, daran zu erinnern, wie der politisch und wirthschaftlich conservative Gelehrte Adolf Wagner vor nicht langer Zeit sich über den nationalen und volkswirthschaftlichen Werth des Antisemitismus geäußert hat. Herr Professor Wagner, bekanntlich nichts weniger als ein „Judenknecht", ließ sich im April ds. Js. in einer conservativen Versammlung in Berlin folgendermaßen aus: „Es empört meinen deutschen Sinn, daß man immer die klägliche Ausrede gebrauche, wir seien die von den Juden Verführten. Allerdings veranlassen ihre angeborenen und angenommenen Eigenschaften die Juden häufig dazu, unsere Treue und Glauben zu mißbrauchen; aber finden sich denn dieselben Eigenschaften nicht bei uns? Sind denn beispielsweise am Börsenspiel, das eine der schlimmsten Seiten der socialen Frage darstellt, nicht alle Kreise der Gesellschaft betheiligt? Die eigentlichen Ursachen der großen wirthschaftlichen Störungen liegen darin, daß wir in ein anderes wirthschaftliches Zeitalter getreten sind. (Ein Gedanke, den nebenbei bemerkt, auch Herr v. Bennigsen in seiner letzten Reichstagsrede angesponnen hat.) Daran, daß der Spruch vom goldnen Boden des Handwerks nicht mehr wahr ist, trägt die Hauptschuld die vervollkommnete Technik, nicht die Juden, es sind die Dampfmaschine und im beginnenden Zeitalter die electrische Kraft, durch welche die ganzen Productionsmittel, die Verkehrsmittel, der Absatz, die Bewegung in der Bevölkerung eine ungeheuere Veränderung erfahren haben. Die Gewerbefreiheit ist besonders den Juden zu Gute gekommen, das ist richtig. Aber können wir denn eine andere Gesetzgebung haben? Nein, die Schwierigkeiten der Umgestaltung sind zu große; mit dem Großbetrieb die Interessen des Handwerks zu verbinden, ist zu schwer möglich. Mit mir sind die meisten Professoren und Gelehrten der Ansicht, daß der Antisemitismus nicht Recht habe und eine ungeheuere Uebertreibung sei. Die Juden zu vertreiben, ist rein unmöglich. Verschließt man ihnen den einen Beruf, so würden sie in Schaaren zu dem anderen übergehen. Gewiß sind eine ganze Menge von Vorwürfen gegen die Juden richtig, sie sind beim Börsenspiel, Gründungswesen, Wucher, bei Concursprocessen hervorragend betheiligt, aber doch nicht ausschließlich. Wir sind genau dieselben Menschen wie die Juden, nur vermögen wir uns nicht immer so geschickt und gewieben anzustellen." Professor Wagner schloß mit der Versicherung, daß die antisemitische Hetze „auf dem Holzweg" sei und zum Unheil führe. Diese Auslassungen des hervorragenden Volkswirthschaftslehrers lassen sich mit dem weißen Antisemitismus der Neuconservativen noch weniger in Einklang bringen, als mit dem rothen der Ahlwardt und Liebermann v. Sonnenberg.

‡‡ **Berlin**, 16. December. Mit Zustimmung der zuständigen Minister, d. h. des Ministers des Innern, des Cultusministers und des Handelsministers hat der Polizeipräsident von Berlin angeordnet, daß am letzten Sonntage vor Weihnachten das im Handelsgewerbe angestellte Personal bis 10 Uhr Abends beschäftigt werden darf. Die Zustimmung der Minister war zu dieser Erlaubniß der Abweichung von den sonst für die Sonntagsruhe geltenden Bestimmungen nöthig, weil die von ihnen erlassene Ausführungsanweisung vom 10. Juni 1892 7 Uhr Abends als die Stunde bezeichnet hatte, bis zu welcher an den vier Sonntagen vor Weihnachten eine Beschäftigung der Angestellten erlaubt war. Mit dieser Aenderung wird den Wünschen der Berliner Geschäftswelt Rechnung getragen. So erfreulich dies ist und so sehr diese Anordnung nicht blos den Berliner Geschäftsleuten, sondern auch dem Berliner Publicum, dessen Gewohnheiten Berücksichtigung gefunden haben, zu Gute kommt, so muß sich doch die Frage aufdrängen, ob nicht Das, was den Berlinern zugestanden ist, auch den Bewohnern anderer Städte gewährt werden müßte. Der Umstand, daß die zuständigen Minister ihre Einwilligung zur Abweichung von ihrer Ausführungsanweisung ertheilt haben, läßt vermuthen, daß man von der Nothwendigkeit der völligen Aufrechterhaltung aller darin enthaltenen Bestimmungen nicht mehr überzeugt ist. Eine solche Anschauung würde überall mit Freude begrüßt werden. Selbst die unbedingten Freunde der Sonn- und Festtagsruhe sind nach den Erfahrungen, welche in dem halben Jahre des Inkrafttbestehens der Bestimmungen für das Handelsgewerbe gemacht sind, zu der Ueberzeugung gekommen, daß diese Ausführungsanweisung in zwei Puncten geändert werden müßte. Einmal sollte die zehnstündige Zeit, in welcher an den vier Sonntagen vor Weihnachten nach dem Gesetze die Arbeit gestattet ist, anders gelegt werden, und diesem Wunsche ist ja nunmehr wenigstens für Berlin und für den einen Sonntag bereits Rechnung getragen. Sodann aber sollte den Bestrebungen, welche den Einkauf für die in die kleineren Städte strömende ländliche Bevölkerung an Sonntag-Nachmittagen in derselben oder ähnlichen Weise ermöglichen wollen, wie er vor dem 1. Juli d. J. vor sich gegangen ist, Berücksichtigung zu Theil werden. Das Gesetz brauchte gar nicht abgeändert zu werden, um die Härten, welche in diesen beiden Puncten hervorgetreten sind, zu beseitigen. Auf dem Wege der Aenderung der erwähnten Ausführungsanweisung ließen sich beide Ziele wohl erreichen. Im Uebrigen zeigt die Erfahrung, welche man bisher mit den Sonntagsruhebestimmungen gemacht hat, daß es angebracht ist, wenn über dieselben Stimmen aus der Praxis gehört werden, ehe sie erlassen werden. Es ist nicht bekannt, ob die Anordnungen, welche die letzte Novelle zur Gewerbeordnung betreffs der Sonn- und Festtagsruhe in Industrie und Handwerk getroffen hat, durch kaiserliche Verordnung bald zur Geltung gebracht werden sollen. Soviel aber ist sicher, daß es für beide Gewerbszweige von höchster Wichtigkeit wäre, wenn, ehe die Ausführungsanweisung über diese Sonn- und Festtagsruhe ergeht, Männer aus den verschiedenen dabei betheiligten Berufsarten zur Begutachtung derselben zugezogen würden. Es würden damit manche Schwierigkeiten, die sich jetzt beim Handelsgewerbe zeigen, bei Industrie und Handwerk von vornherein vermieden werden. Bemerkt muß hier noch werden, daß eine Verordnung des Polizei-Präsidenten die Beschäftigung der Gehülfen, Lehrlinge und Arbeiter am 1. Weihnachtstage im Betriebe des Handels mit Blumen außer den letzten beiden Stunden vor dem Beginne des Hauptgottesdienstes auch während der Zeit von 12 bis 3 Uhr Nachmittags als zulässig hinstellt, obwohl das Gesetz im § 105h ausdrücklich die Beschäftigung dieser Personen an den ersten Feiertagen der drei großen Feste überhaupt, ohne Ausnahme, verbietet.

C. H. **Berlin**, 16. December. Die Bergarbeiter im Saargebiet haben bekanntlich in von vielen Tausenden besuchten Versammlungen angekündigt, daß sie streiken würden, falls ihnen die achtstündige Schicht mit Ein- und Ausfahrt nicht bewilligt werden sollte. Daran ist nicht zu denken, an einen Streik, der auch nur nennenswerthe Kreise der Bergarbeiter ergreifen würde, aber ebenso wenig. Den Bergleuten im Saargebiet fehlt es ebenso wie dem deutschen Bergarbeiterverband an Geld. Dieses von auswärts heranzuschaffen, ist fast unmöglich. Die seiner Zeit namentlich von L. Schroeder gemachten Versuche, die englischen Bergarbeiter für ihre deutschen Genossen zu interessiren, sind, nachdem sie einige Zeit erfolgreich zu sein schienen, kläglich gescheitert. Die belgischen Bergarbeiter sind, Dank ihrer vielen Streiks, absolut nicht in der Lage, Geld für deutsche Zwecke herzugeben, und trotz Liebknecht und Lafargue besteht zwischen deutschen und französischen Bergleuten nicht das geringste Einverständniß, wie überhaupt für deutsche Streiks Frankreich nie zu haben war. Zudem sind sowohl im Saargebiet als auch in den rheinisch-westfälischen Kohlendistricten mehrere Tausende von Bergleuten ohne Arbeit, die Reservearmee, welche sofort bereit ist, die leer gewordenen Plätze einzunehmen, ist in einer Stärke vorhanden, wie selten zuvor. Ferner ist zu erwägen, daß die bergmännischen Organisationen augenblicklich so schwach und gelockert sind, daß sie nirgends mehr thatkräftig eingreifen können. Von diesen Erwägungen sind auch die Bergarbeiterführer nicht frei und sie werden gleich den socialdemokratischen Abgeordneten Alles in Bewegung setzen, um den von etlichen Heißspornen geplanten leichtsinnigen Streik, der nur zu dem allergrößten Schaden der Streikenden ausschlagen könnte fernzuhalten.

□ **Berlin**, 15. December. Die socialdemokratischen Blätter fordern beständig auf, ihnen Inserate zuzuwenden, und gleichzeitig wird an die „Genossen" das Ersuchen gerichtet, bei ihren Einkäufen die Inserenten zu unterstützen. Anderer, entgegengesetzter Meinung ist ein „Genosse", der im Sprechsaal des „Vorwärts" alle Inserenten als Geschäftssocialisten bezeichnet und von den Vertrauensleuten verlangt, daß sie jenen scharf auf die Finger sehen sollen. Das wird aber nicht gut angehen, denn die meisten Vertrauensleute sind selbst Geschäftsleute resp. Geschäftssocialisten. — Die Arbeiter-Versammlungen werden jetzt so schwach besucht, daß mitunter nur 30 bis 40 Mann erscheinen und die Tagesordnung nicht erledigt werden kann. — Die Gründung eines Cartels für die Arbeiter des graphischen Gewerbes in Deutsch-